Stand: 17.12.2025 02:37:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8465

"Kernkraftwerk Gundremmingen C: Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes durch Neubau sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8465 vom 15.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8515 vom 16.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 15.10.2025 **Drucksache 19/8465**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Kernkraftwerk Gundremmingen C:
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes durch Neubau sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich umgehend für den Rückbaustopp des bayerischen Kernkraftwerks (KKW) Gundremmingen C einzusetzen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene für die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Gundremmingen C finanziell, administrativ, sicherheitstechnisch und politisch einzusetzen.

Folgende Maßnahmen sollen, falls nötig, umgesetzt werden:

– Verhandlungen mit RWE Power AG (RWE Nuclear GmbH) und PreussenElektra GmbH
– ggf. gemeinsame Suche nach neuen Betreibern für das KKW Gundremmingen C
– ggf. Gründung eines staatlichen Betreiberunternehmens, falls kein privater Betreiber gefunden wird
– Integration der Wiederinbetriebnahme in den bayerischen „Masterplan Kernfusion“ und Förderung eines zusätzlichen Kernfusionsforschungsreaktors auf dem Gelände des Kernkraftwerks
– Erklärung der Gemeinde Gundremmingen zu einer Sonderwirtschaftszone (SZW) und zu einem „Reallabor“ mit der Option eines gesenkten kommunalen Gewerbesteuer-Hebesatzes, kompensiert durch Ausgleichszahlungen aus dem Bayerischen Staatshaushalt
– Einsatz auf Bundesebene für eine Änderung des Atomgesetzes, um die Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken zu ermöglichen

Begründung:

Der Ausstieg aus der Kernkraft im Zuge der grünen Energiewende hat zu einer erheblichen Verteuerung und Verknappung der Energieversorgung in Bayern geführt. Seitdem Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wurde, ist Bayern von einem Nettostromexporteur im Jahr 2017 (0,5 TWh) zu einem Nettostromimporteur im Jahr 2024 (-21 TWh!) geworden. Im Jahr 2024 lag die Kapazitätslücke bereits bei 4,3 GW, was ein Drittel der Spitzenlast ausmacht (VBEW). Prognosen gehen davon aus, dass diese Lücke bis 2028 auf 6 GW steigen wird (vbw). Die unzureichende Stromversorgung gefährdet die Versorgungssicherheit und schwächt den Industriestandort Bayern.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Seit 2011 sind die Strompreise für die bayerische Industrie um ein Viertel von 14,4 auf 18 Cent pro kWh und für Haushalte um 60 Prozent von 25,3 auf 40 Cent pro kWh gestiegen (BDEW). Deutschland zählt mittlerweile zu den Ländern mit den weltweit höchsten Stromkosten (Global Petrol Prices). Diese Preissteigerungen belasten nicht nur Privathaushalte, sondern stellen auch einen massiven Wettbewerbsnachteil für die bayerische Wirtschaft dar.

Die AfD hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 die Kernkraft als zentrale Säule einer sicheren, kostengünstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung gefordert. Im Landtag hat die AfD-Fraktion über 50 Anträge eingebracht, um Laufzeitverlängerungen, die Verhinderung des Rückbaus und die Wiederinbetriebnahme bayerischer Kernkraftwerke sowie die Förderung der heimischen Nuklearforschung zu erreichen.

Im Rahmen der Energiewende wurden die letzten beiden bayerischen Kernkraftwerke Gundremmingen C am 31. Dezember 2021 und Isar 2 am 15. April 2023 abgeschaltet, was die gesicherte Leistung in Bayern um 2,7 GW verringerte. Bedauerlicherweise sollen die Kühltürme von Gundremmingen C bereits am 25. Oktober 2025 gesprengt werden. Der eigentliche Rückbau des Reaktors und der Sicherheitstechnik würde jedoch erst ab 2026 stattfinden.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz könnten den Rückbau des KKW Gundremmingen sofort stoppen. Solange der Kernreaktor nicht angeschnitten wurde, ist eine Wiederinbetriebnahme des KKW Gundremmingen C weiterhin möglich. Eine Studie der Radiant Energy Group (Mai 2025) zeigt, dass eine Wiederinbetriebnahme bis 2029 technisch umsetzbar und sicher ist.

Das KKW Gundremmingen C könnte nach seiner Reaktivierung eine gesicherte Leistung von 1,3 GW und eine jährliche Stromproduktion von 10,3 TWh liefern. Selbst bei höchstmöglichen Reaktivierungskosten von 3 Mrd. Euro, einer Leistung von 1,3 GW, einer Jahresauslastung von 90 Prozent – was für reaktivierte Kernkraftwerke üblich ist – und einer Laufzeitverlängerung von 20 Jahren würden die Stromgestehungskosten lediglich 1,5 Cent pro kWh betragen (Tech for Future).

Mögliche Staatsausgaben für die Reaktivierung des KKW Isar 2 können durch Einsparungen im Staatshaushalt gedeckt werden. So hatte die AfD-Fraktion im Landtag ein Einsparungspotenzial in Höhe von rund 3,5 Mrd. Euro pro Jahr auf Landesebene identifiziert, insbesondere durch die Streichung der Falschausgaben für Energiewende, Klima, Asyl und Entwicklungshilfe.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 16.10.2025 **Drucksache** 19/**8515**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/**8465**

Kernkraftwerk Gundremmingen C:
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes durch Neubau sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Gerd Mannes
Abg. Marina Jakob
Abg. Martin Mittag
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Felix Locke
Abg. Martin Behringer
Abg. Florian von Brunn

Präsidentin Ilse Aigner: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Kernkraftwerk Gundremmingen C: Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes durch Neubau sicherstellen (Drs. 19/8465)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Sprengung des Kernkraftwerks Gundremmingen steht symbolisch für die Zerstörung unseres Industriestandorts. Keine andere Technologie ist enger mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Bayerns verbunden als die Kernkraft. Die mutwillige Zerstörung eines der sichersten und besten Kernkraftwerke weltweit grenzt an einen Verfassungsbruch.

(Beifall bei der AfD)

Ich denke, ich übertreibe nicht, wenn ich das sage. Die AfD-Fraktion verurteilt diesen barbarischen Akt auf das Schärfste.

(Zuruf von den GRÜNEN: Quatsch!)

Sie zerstören unsere Infrastruktur und haben sich regelrecht an unserem Volksvermögen vergriffen. Am 25. Oktober 2025, also in ein paar Tagen, sollen die Kühltürme des Kernkraftwerks Gundremmingen in die Luft gesprengt werden. Nur die AfD hat versucht, dieses wahnsinnige Vorhaben mit unzähligen Anträgen zu verhindern.

(Florian von Brunn (SPD): Ketten Sie sich doch an den Reaktor!)

Die CSU hat sich der grünen Ideologie längst willfährig unterworfen. Anders kann man es nicht sagen.

(Zuruf)

– Jetzt hören Sie einmal zu. Jetzt wird es spannend für Sie, weil Sie nicht rechnen können: Die bayerischen Kernkraftwerke hatten 1,3 Gigawatt Erzeugungsleistung pro Kernkraftwerksblock. In Gundremmingen standen zwei Blöcke. Bis zur Abschaltung haben wir sogar unsere Nachbarländer regelmäßig mit Strom versorgt. Heute müssen in Bayern phasenweise über 50 % der Strommenge importiert werden. Das ist doch Wahnsinn! Wissen Sie was? Unsere Stromerzeugung ist in den letzten zehn Jahren von 90 auf 60 Terawattstunden eingebrochen. So sieht es aus. Die erzwungene Abschaltung grundlastfähiger Kraftwerke hat uns regelrecht zu einem – wie soll man sagen? – energiepolitischen Krüppel degradiert.

Die Folge ist, dass wir weltweit die höchsten Strompreise zahlen müssen. Die Industrie verlässt fluchtartig das Land, weil Deutschland für die Industrie kein wettbewerbsfähiger Standort mehr ist. Jeden Monat werden 15.000 Industriearbeiter entlassen. Dieses Desaster haben Sie alle hier mit verursacht. So sieht es aus. Ohne günstige Energie gibt es keine Grundlage für eine Industrienation. – Niedrige Energiepreise, Herr von Brunn, sind ein wichtiger Faktor für soziale Gerechtigkeit und Wohlstand. Die Leute, die das betrifft, hat die SPD schon längst aus dem Blick verloren.

Mit unserem heutigen Antrag fordern wir eine Kehrtwende in der Energiepolitik. In dem Antrag geht es uns um die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik. Wir wollen den Standort Gundremmingen für die Kernkraft erhalten. Uns geht es um einen sofortigen Rückbaustopp. Die Pläne, die die CSU oder die Staatsregierung jetzt hat, dort einen Batteriespeicher zu bauen, sind kindisch. Guckt man sich das zum Vergleich einmal genau an, wird man sehen, dass eine solche Großbatterie, wie Sie das nennen, ungefähr ein 400-Megawatt-Speicher ist. Sie speichert ungefähr so viel Strom, wie das Kernkraftwerk Gundremmingen in ein paar Minuten erzeugt hat.

Der Standort muss für neue Kernkraftwerke unbedingt erhalten bleiben, weil er dafür geeignet ist und in der Vergangenheit war. Das ist die Kernaussage unseres Antrags.

Die administrativen Voraussetzungen für den Weiterbetrieb müssen geschaffen werden. Dazu gehören natürlich auch Beschlüsse zur Kernkraft auf Bundesebene. Wir brauchen auch eine neue Betreibergesellschaft. In Gundremmingen muss langfristig wieder ein Kernkraftwerk ans Netz. Wenn Sie es am 25.10. zerstören oder zerstört haben, wird die AfD, wenn sie regiert, eben ein neues bauen. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie sich noch gesagt sein, dass neue Kernkrafttechnologien – ich habe es hier im Plenum schon mehrfach gesagt – auch

(Florian von Brunn (SPD): Das wird durch die Wiederholung nicht richtiger!)

die Verwertung der abgebrannten Kernbrennstäbe ermöglichen. Sie nennen das "Atommüll", aber in Wahrheit ist in den Kernbrennstäben vor allem eines enthalten: Rohstoff. Sie bestehen zu 95 % aus Uran und Transuran. Der allergrößte Teil dessen, was heute in diesen Kernbrennstäben steckt, kann ohne Probleme durch neue Reaktortypen verwendet werden, und das sollte man auch tun.

Wir müssen es unbedingt angehen, hier auch massiv in die Forschung und Entwicklung zu investieren und in Zukunft Pilotprojekte zu planen. Wenn wir das so tun, wie es die AfD fordert, lösen wir die Energieprobleme der Zukunft und auch die Endlagerproblematik.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile Frau Kollegin Marina Jakob das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Ich habe eine Frage: Welche deutsche Betreibergesellschaft stellt sich nach Ihren Plänen zur Verfügung, um wieder ein Kernkraftwerk zu betreiben? Ich kenne keine, die das tun würde; sie haben sich alle neu umgesehen und betreiben tolle neue Technologien mit Wind- und Wasserkraft sowie Photovoltaik-

anlagen. Was würde nach Ihren Plänen ein neues Kernkraftwerk kosten? Wer soll das finanzieren? Wohin kommt der Müll, auch wenn Sie sagen, dass mit neuen Reaktoren nur ein kleiner Teil anfällt. Wo wird der Müll gelagert? Wohin soll dieser kommen?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Also, ob wir eine Betreibergesellschaft finden oder nicht, hängt natürlich von dem politischen Willen und den Rahmenverträgen ab. Sie wissen ganz genau, dass es international viele Staaten gibt, die jetzt gerade in die Kernkraft einsteigen. Da findet sich schon jemand.

Was den Müll betrifft, ist ganz klar: Es ist kein Müll, es ist Rohstoff. Wir brauchen heute ein Endlager. Schauen Sie, das Kernkraftwerk in Gundremmigen ist heute im Grunde genommen der größte Lagerort in Europa für abgebrannte Kernbrennstäbe. Die müssen ja irgendwo hin. Lassen Sie sich das gesagt sein: Man kann diese Kernbrennstäbe nehmen und die Masse, die da drinsteckt, mit neuen Reaktoren um 95 % reduzieren. Das ist Fakt. Gucken Sie mal, was da drinsteckt. Das heißt, das Endprodukt – Sie nennen es Müll – wird auf jeden Fall weniger, und es ist auf jeden Fall nützlich. Ein Endlager brauchen wir sowieso irgendwo.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU spricht jetzt der Kollege Martin Mittag.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst einmal möchte ich sagen: Ich bin heilfroh, dass die Stimmkreisabgeordnete für Günzburg und dementsprechend auch für Gundremmingen Jenny Schack heißt und nicht von dieser Fraktion kommt; denn das wäre eine Katastrophe für alle Bürgerinnen und Bürger, die dort vor Ort leben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Allein die Ausführungen und auch dieser Antrag zeigen, dass die Abgeordneten vor Ort überhaupt nicht wissen – oder dass der eine Abgeordnete vor Ort nicht weiß –, was hier passiert. Der hat – wenn man sich alles anguckt, was in Gundremmingen läuft – überhaupt keine Ahnung von dem, was da los ist. Nachdem – das will ich schon dazusagen – die Ampel-Regierung nicht bereit war, eine Laufzeitverlängerung zu ermöglichen, die wichtig gewesen wäre – aber das ist vom Tisch, das brauchen wir jetzt im Nachhinein nicht zu diskutieren –, wird natürlich zurückgebaut, weil es notwendig und auch gesetzliche Vorgabe ist. Momentan ist es so – das müsste eigentlich auch der Antragsteller wissen –, dass der Generator schon verschrottet ist, dass die Leitungen großteils abgebaut sind, dass jetzt die Kühltürme gesprengt werden, weil das rechtliche Vorgabe ist.

Der Antragsteller spricht nicht darüber, was es kosten würde, ein neues Kernkraftwerk hinzubauen; denn eine Wiederinstandsetzung – das habe ich gerade dargestellt – ist überhaupt nicht möglich. Er spricht auch nicht darüber, wie lange es dauern würde, bis diese Energie aus der Steckdose der Bürgerinnen und Bürgern käme. Das spielt alles gar keine Rolle, sondern man ist in diesem Bereich einfach so drauf, den Leuten permanent zu erklären, dass das die einzige Lösung ist. Der Zug ist in dem Fall abgefahren.

Aber jetzt kommt das Wichtige; denn es wird immer wieder darauf hingewiesen, wie sich die Technologie entwickelt und wie es weitergeht: Der Antragsteller war auch in der Anhörung dabei, in der es um das Thema Kernfusion ging. Da ist ganz klar gesagt worden – es waren auch einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss dabei –, dass der Freistaat Bayern in dem Bereich technologieoffener ist als viele, viele andere und dass wir wirklich investieren wollen;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn es ist richtig, dass wir da nicht stehen bleiben.

Die Gruppierung des Antragstellers spricht immer von Verschwendung von Steuergeld. Wir reden von Milliarden von Euro. Er schreibt im Antrag sogar: Wenn sich keiner findet, dann muss der Staat das Ganze bezahlen, und er muss es auch betreiben. – Dass das rechtlich gar nicht funktioniert, hat er vergessen. Gut, vielleicht behauptet er das auch wider besseres Wissen; ich weiß es einfach nicht.

In der Aktuellen Stunde heute – das ist mir auch noch wichtig – wurde unserer Staatsregierung von dieser Fraktion vorgeworfen, dass wir bei dem Thema Windräder Planwirtschaft betreiben würden. Der Antragsteller schreibt von der Einführung einer Sonderwirtschaftszone für Gundremmingen. Jetzt muss ich schon mal fragen, ob er weiß, dass "Sonderwirtschaftszone" ein sozialistisch geprägter Begriff in der Planwirtschaft ist. Die will er jetzt hier bei uns in Bayern einführen. Schwierig für mich!

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht auch noch einmal dazu, dass gesagt wurde "nur ein kleiner Speicher" usw. Der Energiebetreiber RWE ist in dem Fall schon im Boot und übrigens schon lange im Boot. Das scheint der Antragsteller auch nicht zu wissen. Der Energiebetreiber spricht von nur 400 Megawatt Batteriespeicher; weitere 900 Megawatt sind in der weiteren Planung; 120 Megawatt Gaskraftwerk, natürlich Wasserstoff-ready, sind ebenfalls in der Umsetzung. Das soll noch erweitert werden. Eine 45-Megawatt-PV-Anlage wird vor Ort gebaut. Das sind also alles Themen von Wertschöpfung und Energieproduktion, die natürlich auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zugutekommen. Deswegen ist dieser Antrag ist nicht nur schlecht, sondern er zeigt auch wirklich, dass man überhaupt nicht weiß, was vor Ort passiert.

Weil ich jetzt die Bürger angesprochen habe und weil er gleich nach mir spricht, möchte ich zum Kollegen Stümpfig noch eines sagen; denn etwas hat mir in der Aktuellen Stunde nicht gut gefallen. Da ist der Kollege Vogel zitiert worden. Ich war in derselben Wirtschaftsausschusssitzung. Sie können uns sehr viel vorwerfen und auch dem Kollegen Vogel sehr viel vorwerfen, aber nicht, dass er gesagt hat, Bürgerbeteili-

gung ist ... Wir haben es sogar noch richtiggestellt. Sogar die Vorsitzende – die nicht da ist – hat mir das vorhin noch bestätigt. Nur einfach mal überlegen: Den anderen immer ein falsches Wording vorzuwerfen und dann selber mit dem falschen Wording zu arbeiten, ist nicht gut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will aber zum Antrag zurückkommen. Wir lehnen ihn selbstverständlich ab, weil Energiepolitik zeitnah und auch bezahlbar umgesetzt werden muss. Da haben wir noch viele Hausaufgaben vor uns – das stimmt –, aber definitiv nicht die, die die Fraktion mit dem Antrag hier fordert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat der Kollege Mannes das Wort zur Intervention.

Gerd Mannes (AfD): Herr Mittag, Sie haben den Antrag als dummen Antrag bezeichnet, wenn ich das mal so zusammenfassen darf. Wissen Sie, was das Dümmste ist, was man tun kann? – So ein funktionierendes Kernkraftwerk, das günstigen Strom produziert, einfach abzuschalten. Das ist eine riesengroße Dummheit.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt einfach einmal eine simple Frage:

(Florian von Brunn (SPD): Herr Mannes, Sie haben keine Ahnung, aber davon viel!)

Sie haben ein CSU-Bundestagswahlprogramm gemacht. Das habe ich mir angeguckt. Da schreiben Sie, Sie wollen im Grunde genommen zurück zur Kernkraft. Sie wollen sie auch weiterentwickeln, Weiterbetrieb. Wissen Sie, bei der CSU geht es mal so rum und mal so rum, mal hin und mal her, drunter und drüber. Man weiß nichts Genaues. Jetzt habe ich eine ganz konkrete Frage: Will die CSU an der Kernkraft festhalten, ja oder nein?

Martin Mittag (CSU): Vielen Dank für die Frage. Ich habe jetzt lange überlegt, ob ich sage, dass ich nicht gesagt habe, dass es ein dummer Antrag ist. Das habe ich auch nicht gesagt. Bei der Intervention bin ich mir jetzt nicht mehr ganz so sicher, ob ich das nicht trotzdem sagen sollte.

Vielleicht erst einmal dazu, ich habe es ja auch ausgeführt: Technologie und Investitionen in die Thematik Wissenschaft und Weiterentwicklung sind natürlich für uns ein wichtiges Thema. Ich habe zum Beispiel auch über die Kernfusion gesprochen und darüber, dass wir alles tun müssen, um sichere und bezahlbare Energie zu schaffen. Darin sollten sich zumindest alle einig sein, dass das wichtig ist.

(Gerd Mannes (AfD): Ja oder nein?)

Sie reden jetzt von einem Kernkraftwerk, das funktioniert. Entschuldigung, ich habe Ihnen gerade gesagt, was alles zurückgebaut worden ist aufgrund der Entscheidung, die damals eben nicht zur Verlängerung geführt hat. Wenn ich diese gesetzlichen Richtlinien nicht einhalte – – Gehen Sie doch jetzt mal – Sie wohnen doch in der Nähe; sollten Sie zumindest als Abgeordneter – nach Gundremmingen, und schalten Sie das Werk wieder ein.

(Zurufe von der AfD: Ja oder nein?)

Ich bin mal gespannt, was passiert. Es geht einfach nicht, und das muss endlich auch vielleicht in Ihren Kopf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Kernkraftwerk Gundremmingen C ging 1984 in Betrieb. Es wurde für eine Laufzeit von vierzig Jahren geplant. Im Jahr 2021 ging es aus dem Betrieb. Übrigens war es

nicht die Ampel-Regierung, Kollege Mittag, die den Ausstieg bei Gundremmingen C beschlossen hat. Das war damals noch die Merkel-Regierung. Aber Sie können nachrechnen, Herr Mannes. Dieses Kernkraftwerk war knapp vierzig Jahre in Betrieb.

Eine Wiederinbetriebnahme ist in keiner Weise mehr möglich. Die relevanten Bauteile sind ausgebaut. Leider gab es letztes Jahr vor der Bundestagswahl noch die Debatte, dass auch Ministerpräsident Markus Söder gesagt hat, wir könnten das AKW in einem Jahr wieder in Betrieb nehmen. Das ist leider auch falsch. Also, die Debatte kommt nicht von ungefähr. Aber es stimmt einfach nicht, was Sie hier behaupten.

Zu den Sicherheitsaspekten: Sie sagen, Atomkraftwerke seien sicher und kostengünstig. Schauen Sie mal in die Ukraine! Seit dreieinhalb Jahren ist das Gelände unseres größten Atomkraftwerks in Europa, Saporischschja, von den Russen besetzt.Seit über drei Wochen hat das Atomkraftwerk keinen Stromanschluss mehr. Im Bereich des Speichersees sind Sprengungen erfolgt usw. Allein durch den Einsatz von Dieselaggregaten kann dieses größte Atomkraftwerk Europas noch gekühlt werden. Das bezeichnen Sie von der AfD als sicher. Nein, Atomkraft ist hochgefährlich, und das Allerbeste ist, dass wir den Atomausstieg vollzogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Noch ein kurzes Wort zum Thema Kosten: In Ihrem Antrag haben Sie stehen, das Vorhaben könnte ungefähr 3 Milliarden Euro kosten. Diese 3 Milliarden erinnern mich ein wenig an Flamanville. Der französische Staat bzw. EDF hat gesagt, Flamanville können wir für 3,4 Milliarden Euro bauen. EDF ist mittlerweile mit über 50 Milliarden Euro verschuldet, und dieses AKW hat letztlich 23,7 Milliarden Euro gekostet. Das ist ein Vielfaches von dem, was geplant war. Das ist Ihre Kostengünstigkeit. Der Strom aus diesem AKW wird deutlich über 12 Cent pro Kilowattstunde kosten. Insgesamt liegen wir dabei weit über den Gestehungskosten von Sonne oder Wind; aber diese Energiequellen wollen Sie nicht nutzen. Sie sind verblendet und setzen nur auf Atomkraft. Das ist der vollkommen falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was mich nach wie vor noch beschäftigt: Markus Söder hat gesagt, gemäß seinen Experten können die Atomkraftwerke wieder in Betrieb genommen werden. Daraufhin haben wir oft nachgefragt und immer wieder gebohrt, wer diese Experten sind. Wir bekamen nie eine Antwort. Am Schluss hieß es, es sei der Umweltminister Thorsten Glauber. Ich habe nichts gegen Herrn Glauber und seine Kompetenz. Er ist Architekt; aber ich glaube, er ist kein Atomexperte, der das entscheiden kann. Unsere Frage ist leider unbeantwortet geblieben.

Im Koalitionsvertrag der CSU, CDU und SPD steht kein Wort mehr zur Atomkraft. Das Kapitel ist beendet, und ich hoffe, wir werden im Landtag keine rückwärtsgewandten Debatten mehr führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Stümpfig, vielen Dank für die klare Abgrenzung. Ich glaube, wir sind uns einig, dass der Antrag der AfD nicht zielführend, sondern Quatsch ist.

Von Mittelfranke zu Mittelfranke müssen Sie mir aber erklären, wie die GRÜNEN in Mittelfranken zum Thema Atomstrom stehen. Ich erinnere an eine Abstimmung im Bezirkstag von Mittelfranken, bei der sich die Mehrheit der GRÜNEN für den Import von Atomstrom aus Tschechien ausgesprochen hat. Wie passt das Abstimmungsverhalten der GRÜNEN im dortigen Bezirkstag zu Ihrer Rede?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Locke, ich glaube, wir GRÜNEN brauchen uns sicherlich nicht vorwerfen zu lassen, dass wir in irgendeiner Sekunde für Atomkraft gewesen wären.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sagen ganz klar: raus aus der Atomkraft. Sie müssten vielleicht prüfen, wann Sie in der Vergangenheit gewankt sind. Sie wanken in ganz vielen Bereichen. Wir stehen zu unserem Nein zur Atomkraft.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie lenken gerade ab! Haben die GRÜNEN dafür gestimmt oder dagegen?)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die zweite Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, die GRÜNEN sind als Lobbyisten für die Windkraft bekannt. Das können Sie gerne tun. Sie wissen aber, dass die technische Nichtverfügbarkeit dieser Windkraft ungefähr 98 % beträgt. Der Unterschied zwischen der Windkraft und Kernkraft, um Ihnen diesen noch einmal zu erklären, besteht darin: Die Kernkraft ist immer verfügbar, die Windkraft nur ab und zu. Das nennt man Grundlastfähigkeit.

Sie haben als GRÜNE im Grunde genommen die Energiegewinnung durch Kernkraft zerstört, bevor es eine technische Lösung für eine Alternative gab, dass dauerhaft die Grundlast gedeckt wird.

Zu meiner Frage: Herr Habeck und andere GRÜNE haben immer gesagt, die Unternehmen sollen nur dann produzieren, wenn der Wind weht. Sie sollen ihre Produktion von der Stromproduktion im Bereich der Windenergie abhängig machen. Ist das Ihr Ernst? – Windenergie ist wetterabhängig. Glauben Sie wirklich, dass man auf diese Weise auf den Weltmärkten konkurrenzfähig ist?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Mannes, im Jahr 2024 deckten erneuerbare Energien rund 60 % des Stromverbrauchs. Dabei handelte es sich um günstigen Strom aus Windkraft, die 30 % des Stromverbrauchs gedeckt hat. Weitere erneuerbare Energien deckten den gleichen Prozentsatz am Stromverbrauch.

Wir befinden uns auf dem Weg in ein Energiesystem, in dem die erneuerbaren Energien die Säulen bilden und die fossilen Energien die Lücken füllen. Deswegen brauchen wir flexible Kraftwerke. Das können zum Beispiel Gaskraftwerke sein. Ein Atomkraftwerk, das strikt durchläuft, passt schon allein deswegen nicht mehr ins System, weil es enorm teuer und hochriskant zu betreiben ist. Deswegen gilt unser klares Nein zur Atomkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Martin Behringer.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich sagen, als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich gefragt, welche Brennstäbe die AfD dieses Mal geraucht hat. Ihr Antrag ist wie immer absolut rückwärtsgewandt. Wir setzen auf erneuerbare Energien und nicht auf Technologien von gestern. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kollege Stümpfig hat es schon ausgeführt, und die Frage der Kollegin Jakob zielte ebenfalls darauf ab: Einen Betreiber für ein Atomkraftwerk wird es nicht mehr geben. In Frankreich – das hat Kollege Stümpfig gut ausgeführt – waren ursprünglich 5 Jahre Bauzeit geplant. 17 Jahre sind daraus geworden; aber das reicht noch nicht, es ist immer noch nicht fertig ist. Die Kosten wurden mit 3,3 Milliarden Euro beziffert, mittlerweile sind wir bei 23,7 Milliarden. Das heißt, eine Vervielfachung des Strompreises wird notwendig sein, um das Kraftwerk rentabel zu betreiben. Vertraglich sind 7 Cent vereinbart; aber mittlerweile sind fast 13 Cent notwendig, um rentabel zu bleiben. Das heißt, es funktioniert nicht, wie Sie es vorhin in Ihrer Rede dargestellt haben.

Das nächste Beispiel ist Großbritannien. Geplanter Start des neuen Atomkraftwerks wäre das Jahr 2025 gewesen. Dieser Start verzögert sich um Jahre. Als Kosten wurden 20 Milliarden Euro veranschlagt, momentan schätzt man 53 Milliarden. Damit haben sich die Kosten mehr als verdoppelt. Mit einem Start des Kraftwerks rechnet man frühestens im Jahr 2031. Es handelt sich um eine Verzögerung von bis zu 36 Jahren. Die nächste politische Generation muss mit solchen Mehrkosten leben, die wahrscheinlich unbezahlbar sind. Solche Kraftwerke wollen Sie von der AfD bauen. Als Fazit zu diesem Beispiel gilt: Der Atomstrom kostet 120 % des geplanten Strompreises. Zudem dauert der Kraftwerkbau 204 % der geplanten Zeit.

Kein einziges Land schafft es, Atomenergie wirtschaftlich und termingerecht zu liefern. Deutschland hat den Atomstrom jahrzehntelang bezuschusst; ansonsten wäre dieser Strom nicht so günstig gewesen, wie das der Fall war. Wir haben nach wie vor ein ungelöstes Atommüllproblem. Wir haben sechzig Jahre lang Atomkraft genutzt, und entsprechend viel Müll ist vorhanden. Dieser Müll muss für mindestens eine Million Jahre sicher verwahrt werden. Das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig.

Wichtig ist, dass wir in die Zukunft schauen, in erneuerbare Energie, in die Speichertechnologie, in den Netzausbau usw. investieren. Wir haben genug Aufgaben und sollten uns nicht auf Technologien der Vergangenheit stützen. Diese Technologien waren risikoreich, teuer und können deswegen als rückständig gelten. Schauen Sie nach Tschernobyl, schauen Sie nach Fukushima, und Sie sehen, was Kernkraft alles auslösen kann: Ganze Landstriche sind unbewohnbar. Das wollen wir nicht. Wir wollen der zukünftigen Generation ein bewohnbares Umfeld hinterlassen.

Sie von der AfD sind der Bremsklotz für die Energiewende, das muss man ganz klar sagen. Wir werden uns davon nicht aufhalten lassen, sondern gehen mit Mut und Innovation in die Zukunft. Atomkraft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich noch einmal Herrn Kollegen Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Behringer, Sie haben ausgeführt, wie teuer und schlecht die Kernkraft ist und dass man unbedingt die Finger davon lassen sollte. Ich habe dazu eine simple Frage: Können Sie mir erklären, warum in Deutschland die Stromkosten explodiert sind, seitdem man auf ihre sogenannten erneuerbaren, in Wahrheit nur wetterabhängigen Energien gesetzt hat?Das ist eine Tatsache.

Zweite Frage: Warum ist in anderen Ländern wie zum Beispiel Frankreich der Strom deutlich günstiger als bei uns? Die Rechnung, die Sie aufgemacht haben, ist doch grundfalsch.

(Zuruf von der SPD: Weil er dort subventioniert wird!)

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie sich die Antwort selbst geben können. Ich habe Ihnen ganz klar vorgerechnet, was der Strom in Frankreich beim Bau von Atomkraftwerken kosten müsste. Der Strom wird dort aus Steuergeldern subventioniert, die woanders dringend gebraucht werden.

Es ist doch ganz klar, dass eine Umstellung Geld kostet. Wir müssen unsere Netze ausbauen. Wir brauchen Speichertechnologien. Wir müssen die erneuerbaren Energien ausbauen. Das kostet Geld. Irgendwann wird sich das aber relativieren. Dann werden die Energiepreise bei uns runtergehen, und dann werden andere neidisch auf uns schauen. Diejenigen, die auf die Atomkraft gesetzt haben, werden teures Steuergeld aufwenden müssen, um günstige Strompreise zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich glaube, Herr Mannes hat heute Morgen der Debatte nicht zugehört oder die Debatte, die die AfD angezettelt hat, nicht verstanden. Aber er fährt in der gleichen Art und Weise fort, wie er das heute Morgen schon gemacht hat, mit Fake News und Lügen. Ich nehme einmal eine Falschbehauptung von Ihnen raus, nämlich dass die Windkraft 98 % der Zeit keine Energie liefern würde. Das ist schlichtweg falsch. Das ist eine Lüge der AfD. Eine durchschnittliche Onshore-Windkraftanlage läuft 1.800 bis 3.500 Stunden.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Aber nicht in Bayern!)

Vielleicht darf ich Sie einmal darauf aufmerksam machen, dass das Jahr 8.760 Stunden hat. Wahrscheinlich übersteigt das Ihre Rechenfähigkeiten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mannes, damit komme ich zu Ihrer nächsten Behauptung: Wir seien Netto-Importeur von Strom. Was glauben Sie denn, was wir gemacht haben, als wir mit Öl und Gas Strom erzeugt haben? Wo kam das her? Aus Deutschland? – Nein, das haben wir importiert. Ich habe Ihnen schon heute Morgen erklärt, dass wir ab dem Jahr 2022, als Ihr Freund Putin die Ukraine überfallen hat, massiv erhöhte Energiekosten haben. Wir haben 146 Milliarden Euro für die Energieträger, die Sie so schätzen, an das Ausland bezahlt, vor allem an Diktaturen und autoritäre Staaten. Ihre ganzen Belege sind alle Schall und Rauch und erlogen. Das möchte ich hier ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nun zu dem, was Sie zur Wirtschaftskrise gesagt haben. Sie machen den Leuten nur Angst. Sie versuchen mit übler Propaganda, Ihre Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Wir hatten die Finanzkrise. Wir hatten Corona. Wir hatten den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Wir haben die Zollpolitik von Trump. Aber bei Ihnen hat

nur das Abschalten der Atomkraftwerke Schuld an der Wirtschaftskrise. Wie kann man nur so verblendet sein wie die AfD?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage es Ihnen gerne noch einmal: Die Atomkraft ist viel teurer als erneuerbare Energien. Bei der Photovoltaik und der Windkraft fangen wir bei 3 bis 4 Cent pro Kilowattstunde an. Bei der Atomkraft kostet die Kilowattstunde 20, 30 oder 40 Cent. Auch die Small Modular Reactors, die Sie hier immer bewerben, müssten erst einmal genehmigt werden.

Jetzt zum Thema Gundremmingen: Dafür gibt es keine Betriebsgenehmigung mehr. Seit vier Jahren ist dieses Kraftwerk stillgelegt. Es hat über 44 Jahre Betriebszeit auf dem Buckel. Wir wissen gar nicht, ob der Reaktorbehälter nicht schon längst spröde ist. Die Wiederinbetriebnahme dieses Kernkraftwerks würde Milliarden kosten. Hinzu kommen die ganzen Sicherheitsüberprüfungen. Wir haben nach Fukushima zu Recht andere Sicherheitsstandards eingeführt. Das müsste alles umgesetzt werden. Wer will denn so eine alte Mühle noch fahren? Das ist nur die AfD. Es ist absurd, was Sie heute hier vorschlagen. Hören Sie bitte auf, den Landtag und die Zuhörerinnen und Zuhörer mit solchen Fantasien und solchen üblen Märchen zu langweilen und zu nerven.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, alles wäre so teuer. Ich habe es Ihnen schon heute Morgen erklärt. Vielleicht muss man Ihnen die Dinge mehrmals erklären, bis sie in Ihrem Großhirn ankommen: Wir investieren in unsere Unabhängigkeit von solchen Leuten wie Putin. Wo käme denn das Uran her? – Aus Russland, aus Kasachstan oder aus Niger. Niger ist eine Militärdiktatur. Von solchen Staaten wollen Sie sich abhängig machen? Wir wollen das nicht. Wir investieren lieber in die klimafreundliche Windkraft, in die Photovoltaik und die Wasserkraft. Damit betreiben wir auch Klimaschutz und opfern nicht

die Zukunft unserer Kinder auf dem Altar von Atomkraft und den fossilen Energien. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/8465 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/8466 und 19/8467 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 17:00 Uhr)